"THE COURIER"
is the leading Canadian Paper in the German language
issued every Wednesday.
Subscription price:—
In Canada $2.00
In foreign countries $3.50
If paid in advance:—
Canada $2.00
1835 Halifax Street, Regina.

Der Courier

und Der Herold = = Organ der deutschsprechenden Canadier

„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
Im voraus bezahlt:
Canada $2.00
für Ausland $3.50

10. Jahrgang. 14 Seiten Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 16. März 1932. 14 Seiten Nr. 19.

Wahl des deutschen Reichspräsidenten unentschieden

Hindenburg mit 18 Millionen Stimmen an der Spitze

Zweiter Wahlgang am 10. April zwischen Hindenburg und Hitler notwendig, da absolute Mehrheit erforderlich.

Enttäuschung bei Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten über Ausgang der Präsidentenwahl am Sonntag.

Berlin, 13. März. — Nach dem vorläufigen zusammenfassenden Bericht, der vom Reichswahlkommissar über die deutschen Reichspräsidentenwahlen am gestrigen Sonntag veröffentlicht worden ist, hat der bisherige Reichspräsident von Hindenburg zwar noch keinen entscheidenden Sieg, aber doch bei weitem größte Stimmenzahl erzielt. Die Ergebnisse sind wie folgt:

Präsident von Hindenburg (Volkskandidat)	18,661,736
Adolf Hitler (Nationalsozialist)	11,338,571
Ernst Thälmann (Kommunist)	4,982,079
Theodor Duesterberg (Deutschnationaler u. Stahlhelm)	2,557,876
Gustav Winter (Nationalsozialist)	111,470
Ungültige Stimmen	8,645
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen	37,660,377

Zweiter Wahlgang am 10. April.

Da keiner der deutschen Reichspräsidentschaftskandidaten die absolute Mehrheit erhalten hat, muß nun die höchste Amt der deutschen Republik entnehmen zu können, wird diesmal wie bei der Wahl vor sieben Jahren es zu einem zweiten Wahlgang kommen müssen. Die am 10. April fällige Wahl Hindenburgs hat zwar einen Wahlsieg errungen, hatte jedoch noch weitere 108,000 Stimmen notwendig, um die absolute Mehrheit über alle seine Gegner zu gewinnen. Es scheint fast zweifel, daß er am 10. April verhältnismäßig leicht den Sieg über seinen nationalsozialistischen Gegner Adolf Hitler davontragen wird, der sich nach seiner Ansicht nochmal zur Wahl stellen will.

Nach dem mit enthusiastischen Urteil der deutschen öffentlichen Meinung darüber allgemeine Ueberraschung darüber, daß Adolf Hitler mehr als 11,000,000 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Hitler hat mehr als über 12 Millionen gewonnen und seine Unterführer hoffen zuversichtlich auf 15 bis 18 Millionen. In allen Wahlkreisen stand Hindenburg an der Spitze, ausgenommen Pommern, Schleswig-Holstein und Chemnitz-Zwickau, in denen die Nationalsozialisten ihn übertrafen, während Hitler in nationalsozialistischen Hochburgen wie Thüringen, Braunschweig und Hessen sowie in Bayern, von wo die Hitler-Bewegung ausgegangen ist, sich mit dem zweiten Platz begnügen mußte.

Das Wahlergebnis ist nicht nur für Hitler, sondern auch für Hugenberg, den Führer der Deutschnationalen Partei, eine Enttäuschung. Der Kandidat dieser Gruppe, der Stahlhelm-Führer Oberstleutnant Düsterberg, erhielt nur 2,517,876 Stimmen. Selbst wenn diese Stimmen beim zweiten Wahlgang geschlossen für Hitler abgegeben werden, reichen sie nicht aus.

Zu den Enttäuschten gehören auch die Kommunisten, die mit ihren 4,900,000 Stimmen gegenüber den Reichstagswahlen von 1930 eine Zunahme von nur 340,000 zu verzeichnen haben. Die Sozialdemokraten scheinen mitbin geschlossen für den alten deutschen Heerführer Hindenburg gestimmt zu haben.

Hindenburg an das deutsche Volk.

Berlin. — Als Höhepunkt der erregten Wahlkampagne für die Reichspräsidentschaft war die Rundfunkrede anzusprechen, welche von Reichspräsident Paul von Hindenburg gehalten und durch Kurzwellen über den Ozean geleitet und dem amerikanischen Volk zugänglich gemacht wurde.

Reichspräsident von Hindenburgs Rede hatte folgenden Wortlaut:

Deutsche Männer und deutsche Frauen!

Als vor sieben Jahren zum erstenmal die Frage an mich herantrat, mich für Deutschlands höchstes Amt zur Verfügung zu stellen, habe ich es absichtlich vermieden, vor parteienmäßig aufgezogenen Versammlungen zu reden und deshalb nur einmal im Rundfunk vor dem gesamten deutschen Volk gesprochen.

Jetzt, wo mir zum zweitenmal die Präsidentschaft des Deutschen Reiches angetragen worden ist, konnte ich mich im Wahlkampf nicht vollkommen zurückhalten. Der Verlauf desselben nötigt mich, aus meiner Zurückhaltung herauszutreten und im Rundfunk zum Deutschen Volk zu sprechen, damit es alle Leute aus meinem Munde hören.

Warum ich die neue Kandidatur angenommen habe.

Zugleich will ich hervorheben, daß ich nicht gewillt bin, die in der letzten Zeit über mich verbreiteten unwahrhaften Gerüchte unwiderlegt zu lassen.

Eine politische Programmrede will ich also nicht halten. Mein Leben und meine Lebensarbeit sagen Ihnen von meinem Streben und meinem Wollen mehr, als es Worte tun können. Wenn ich mich nach ernster Prüfung entschlossen habe, mich zu einer Wiederwahl zur Verfügung zu stellen, so habe ich es nur getan in dem Gefühl, damit meine vaterländische Pflicht zu erfüllen. Hätte ich mich versagt, so bestände bei der starken Parteizersplitterung die Gefahr, insbesondere wegen der Uneinigkeit der Rechten, daß im zweiten Wahlgang der Kandidat der radikalen Rechten oder ein solcher der radikalen Linken zum Präsidenten des Deutschen Reiches gewählt würde. Die Wahl eines Parteimannes, des Vertreters einer extremen politischen Anschauung, der die Mehrheit des Deutschen Volkes gegen sich haben würde, würde aber unserem Vaterland schwere, nicht abschbare Erschütterungen verursachen. Das zu verhindern, gebot mir meine Pflicht.

Ich war mir dabei wohl bewußt, daß diese meine Entschließung von einem Teil meiner alten Wähler, darunter auch leider mancher meiner alten Kameraden, mißverstanden und ich deshalb angefeindet werden würde.

Aber ich will lieber verkannt und persönlich angegriffen werden,

als daß ich unser Volk, das so viel Schweres in den letzten eineinhalb Jahrzehnten getragen hat, in schwere innere Kämpfe geraten lasse. Um das zu verhindern, um ihm eine

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Irischer Präsident befreit politische Gefangene

Sofortige Amtshandlung Eamon de Valeras. — Jubelnde Volksmassen empfangen die Befreiten.

Dublin, Irland. — Mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten des irischen Freistaates, Eamon de Valera, erfolgte die Freilassung der übrigen politischen Strafgefangenen, die wegen politischer Vergehen inhaftiert worden waren. Eine nach Tausenden zählende Volksmenge umjubelte sich hier vor dem Arbour Hill-Gefängnis, wo auch de Valera eingekerkert war und jubelte unter Hochrufen als 17 Strafgefangene als freie Männer erschienen. Sie wurden auf die Schultern gehoben und nach dem nahe gelegenen Automobilen getragen. Eine Kapelle an den mit Flaggen geschmückten Kraftwagen verlieh „Willkommen daheim, republikanische Gefangene." Im Massenzug ging es durch die Straßen der Stadt und nach einem Hotel, wo die Freigelassenen festlich bewirtet wurden.

George Gilmore, einer der Freigelassenen, war zu fünf Jahren und mehreren Monaten verurteilt im Zusammenhang mit der Aufspürung eines geheimen Waffenlagers. Er hat zur Gefängnis sich geweigert, die vorschriftsmäßige Sträflingskleidung zu tragen, und blieb beharrlich in seiner Zelle liegen, was für ihn eine große Tat war.

Ein anderer Freigelassener war Frank Ryan, Schriftleiter der Zeitung „Republic", der wegen Mißachtung des Gerichts eine Strafe von drei Monaten im Gefängnis zu verbüßen hatte.

Zu erwarten ist, daß weitere Entlassungen politischer Strafgefangenen in den nächsten Tagen folgen werden. Wahrscheinlich wird das Gesetz für öffentliche Sicherheit, welches das Militärtribunal zur Behandlung politischer Vergehen ermächtigt, durch außerordentliche Verordnung widerrufen werden, ehe der Dail Eireann (Irisches Parlament) über die Osterferiertage in Ferien geht.

Die erfolgte Freilassung politischer Strafgefangener war die erste Amtshandlung des neuen Präsidenten de Valera. Wehrminister Frank Aiken erschien im Arbour Hill-Gefängnis, ließ sich eine Liste dieser Gefangenen geben und gab Befehl, Personen, die wegen politischer Vergehen verurteilt sind, Vorzugsbehandlung einzuräumen.

Millionär begeht Selbstmord.

Bekannt als Radiofabrikant.

Rochester, N.Y., 14. März. — George Eastman, der 77-jährige Millionär und Fabrikant photographischer Artikel, mahnhaftete über Sein Leiden, erschoß sich in seiner hiesigen Wohnung an Gate Avenue. Hier war nur im Wirtschaftsleben, sondern auch als Wohltäter und großer Landfreund war er weithin bekannt. Wohl über 75 Millionen Dollar hat er für wohltätige Zwecke ausgegeben. Er war seit einigen Jahren krankhaft, sodaß eine nervöse Geistesverwirrung als Ursache des Selbstmordes vermutet wird.

Zündholzkönig nimmt sich das Leben.

Ivar Kreuger war einer der reichsten Männer der Welt.

Stockholm, Schweden, 14. März. — Ivar Kreuger, der als einer der reichsten Männer der Welt galt und häufig als der Zündholzkönig bezeichnet wurde, nahm sich angeblich wegen Finanzsorgen das Leben, indem er sich mit einem Revolver eine Kugel ins Herz jagte. Kreugers Name war in der ganzen Welt, besonders aber in einigen europäischen Ländern bekannt, denen er nach dem Kriege große Anleihen gewährte, wofür er sich von ihnen das Zündholzmonopol gewähren ließ.

Japanischer Finanzmann ermordet.

Tokio. — Baron Takuma Dan, der Leiter der einflußreichen Mitsui Interessen, wurde durch einen jungen Japaner ermordet. Man glaubt, daß der Mörder damit gegen die angebliche Ausbeutung des Falles der Yen-Kurse durch die Mitsui-Interessen protestieren wollte. Dem Konzern war damals in weiten Kreisen der Vorwurf des unpatriotischen Handelns gemacht worden. Dan stand im Alter von 74 Jahren und hatte einen Teil seiner Schulung als Ingenieur in den Vereinigten Staaten erhalten. Vor seinem Konzern werden Banken, Bergwerke, Fabrikanlagen und Handelsfirmen im fernen Osten kontrolliert.

Führer ungarischen Putsches verurteilt.

Budapest. — Der verunglückte Putsch in Ungarn vom letzten November fand seinen Abschluß mit der Verurteilung des angeblichen Führers, Leutnant Ladislaus Vannay, zu sechs Monaten Gefängnis. Ursprünglich waren über 100 Verdächtige verhaftet worden, die jedoch nach und nach bis auf Vannay alle wieder freigelassen wurden.

Saskatchewan-Legislatur hört den liberalen Führer

Liberaler Antrag, in dem Sparsamkeit und Besteuerung des Luxus gefordert wird, von der Legislatur mit 33 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Regina. — Die bemerkenswerteste Rede, die im Laufe dieser Legislatur-Session bisher gehalten wurde, war unbestreitbar jene, die der liberale Führer J. G. Gardiner vom Stapel ließ. Der Sinn einer Rede war enthalten in folgendem Antrag der liberalen Partei:

„Das Haus wünscht seine Meinung dahingehend zu äußern, daß die Regierungskosten durch die Beseitigung unnötiger Ausgaben so vermindert und die Einnahmen durch eine sparsamere Verwaltung der gewinnbringenden Betätigungen derart erhöht werden sollen, daß die vorgeschlagenen Steuern und die Einstellung von Dienstleistungen zu einer Zeit, da diese Dienstleistungen am notwendigsten und die Steuern am schwersten zu bezahlen sind, hinfällig werden, und wünscht sich ferner dahingehend zu äußern, wenn die Beibehaltung wesentlicher Dienstleistungen mehr Einnahmen erfordert, sollten alle Wege der Besteuerung des Luxus beschritten werden, bevor man auf die kleinen Einkommen, die produktiven Geschäfte und das Grundeigentum neue Lasten legt."

In seiner glänzenden Rede prophezeite der liberale Führer für das Budget von 1932—33 einen Fehlbetrag von mehreren Millionen Dollar und behauptete, daß selbst durch die vorgeschlagenen neuen Steuern im folgenden Finanzjahr nicht die Einnahmen erzielt werden könnten, die im Voranschlag vorgesehen sind. Er schlug eine allgemeine Einschränkung und eine sparsamere Verwaltung von gewinnbringenden Behörden wie der Alkohol-Behörde als ersten wesentlichen Schritt zu einem ausgeglichenen Budget vor.

J. G. Gardiner.

Der Progressive Jacob Benson von Last Mountain erklärte, die Parteipolitik mache ihn krank; er würde den liberalen Antrag unterstützen, wenn er nicht als Mißtrauensvotum aufzufassen sei. Er könne jedoch nicht einsehen, warum er dafür stimmen solle, daß eine Partei verschwinde und die andere an ihre Stelle trete. Eine Wahl in dieser Zeit wäre „ein Verbrechen". Daher stimme er gegen den liberalen Antrag und für den Regierungsantrag. Er werde späterhin einen Antrag einbringen mit dem Zwecke, eine hundertprozentige kooperative Regierung, in der alle Gruppen des Hauses vertreten sein sollten, zu bilden.

Der liberale Antrag wurde mit 33 gegen 27 Stimmen abgelehnt und der Regierungsantrag mit 32 gegen 28 Stimmen angenommen. T. Whittaker, der Regierungsabgeordnete von Moose Jaw County, stimmte mit der Regierung gegen den liberalen Antrag und mit der Opposition gegen den Regierungsantrag.

Eine von der Legislatur einstimmig angenommene Resolution war von den Liberalen J. M. Parker (Touchwood) und C. S. Clinch (Shellbrook) eingebracht worden und betraf die Forderung nach allgemeiner Abrüstung.

Wo ist Lindberghs Kind?

Bis jetzt vergebliche Suche.

Hopewell, N. J., 12. März. — Die bis jetzt vergebliche Suche nach dem entführten Söhnchen Lindberghs konzentriert sich jetzt immer mehr auf die „Gangsterwelt" des Ostens und auf die abgelegenen Gebiete des Sourland Berges, an dessen Fuß das Haus Lindberghs liegt. Die Staatspolizei verspricht Straflosigkeit für die Erteilung von Auskunft über den Verbleib des Kindes.

Von Personen, die Lindbergh nahestehen, wird angegeben, daß seit der Entführung 50,000 Botschaften bei Lindbergh einliefen. Nicht eine davon enthält jedoch wertvolle Auskunft oder den Beweis, daß sie von den wirklichen Entführern stammt.

Unter den Bewohnern des Distrikts wird gegenwärtig darüber spekuliert, daß vielleicht eine Gangsterbande das Kind entführte, um den Verdacht auf eine andere zu werfen und um sie dadurch zur Aufgabe ihres „Geschäfts" zu zwingen.

Jugoslawien gegen amerikanische Filme.

Paris. — Den amerikanischen Filminteressen wurde durch ein neues Zustengesetz in Jugoslawien ein schwerer Schlag zugefügt. Harold Smith, der europäische Vertreter Will Hays, gibt sogar, daß sie ihre Geschäfte in jenem Land aufgeben müssen. Seiner Angabe nach werden amerikanische Filmimporteure gezwungen, entweder 70 Fuß jugoslawischer Filme für jede 1000 Fuß eingeführter Filme zu kaufen oder aber eine schwere Strafe zu bezahlen.

Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Berlin. — Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland betrug am 29. Februar insgesamt 6,128,000, eine Zunahme von 1,000 in zwei Wochen. Arbeitsminister Adam Stegerwald ist mit der Ausarbeitung eines Planes beschäftigt, nach dem 600,000 Mann Zeitarbeit dadurch erhalten sollen, daß die Schichten in den Gruben verkürzt und das Programm für öffentliche Arbeiten erweitert wird.

18,000 Bücher verbrannt.

Dublin, Irland. — Ueber 18,000 Bände gingen in Asche auf, als die Zentral-Katholische Bibliothek, die eine der vollständigsten Sammlungen katholischer Werke in der Welt aufweisen konnte, von einem Brand ergriffen wurde. Mehrere Feuerwehrleute wurden verletzt, doch gelang es schließlich, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Herrscht Weizenmangel in Rußland?

Besonders soll es an Saatgetreide fehlen. — Canadische Beurteilung des Einflusses auf den Weltweizenmarkt.

Chicago. — J. C. Jackson von der Norris Grain Co., einer der größten Exportfirmen an der Getreidebörse, sagte, daß die Hungerberichte aus Teilen Rußlands zusammen mit der erwarteten Zurückziehung Rußlands vom Weltmarkt wenig Einfluß auf die amerikanischen Weizenpreise gehabt hätten, sich aber zweifelslos in den nächsten Tagen, falls sich die Gerüchte bestätigen sollten, auswirken würden.

„Die Getreidehändler haben schon seit einigen Wochen Nachrichten über die Lage in Rußland gehabt," sagte Jackson. „Wir hörten, daß Rußland großen Getreidemangel hätte und rechneten schon seit einiger Zeit damit, daß es sich vom Welt-Getreidemarkt zurückziehen werde. Die russischen Verschiffungen waren schon seit einiger Zeit flau."

Canada und die russischen Meldungen.

Ottawa, Ont., 10. März. — Die Getreide-Statistiker hier stimmten darin überein, daß Depeschen von Riga, die von einem Mangel Rußlands an Weizen in gewissen Distrikten berichten, bedeuten, daß die Sowjet-Union für einige Zeit so gut wie vom Welt-Getreidemarkt verschwinden wird.

Sie gaben ihrem Zweifel darüber Ausdruck, daß Rußland zur Weizeneinfuhr gezwungen sein werde, und sagten, das Hauptproblem scheine zu sein, die Vorräte von einem Teil des Landes nach dem anderen zu schaffen. Der Welt-Weizenvorrat, sagten diese Statistiker, sei nicht so umfangreich wie vor einem Jahre.

In der Ukraine, so heißt es in den Rigaer Berichten, errege die Rückständigkeit der Vorbereitungen für die Frühjahrs-Aussaat Besorgnungen, da zur Zeit nicht mehr als die Hälfte des erforderlichen Saatgutes zur Verfügung stehe.

Joseph Stalin ordnete an, daß 1,000,000 Tonnen Saatgetreide im vergangenen Monat nach den bedürftigen Gegenden gesandt wurden.

Saskatoon, Sask., 10. März. — „Rußland wird voraussichtlich für die kommenden Jahre keine ernstliche Bedrohung für die Weizen-Produzenten Canadas und der Vereinigten Staaten bilden," erklärte W. W. Swanson, Professor für Volkswirtschaft an der Universität von Saskatchewan.

Indem er sich über Berichte aus Riga äußerte, die von Zuständen, die an eine Hungerkatastrophe grenzen, und von den ernsten Schwierigkeiten berichten, mit denen die Aussaat-Tätigkeit in weiten Gebieten Rußlands zu tun hat, sagte Dr. Swanson, daß diese die Ansicht bestärkten, daß der Weizen einer besonderen Preislage entgegengehe, und daß sie sehr stark dazu beitragen würden, die Gerüchte zu zerstören, die im ganzen westlichen Canada verbreitet seien, daß die russische Konkurrenz den Prärie-Weizenhandel bedrohe.

Grippe schließt die Schulen Breslaus.

Breslau, 8. März. — Angesichts der hier epidemisch auftretenden Grippe mußten heute hier 55 Schulen der Stadt geschlossen werden.

Deutsch-polnische Verhandlungen.

Warschau. — Verhandlungen, welche die Beilegung des seit dem Jahre 1925 andauernden Zollkriegs zwischen Deutschland und Polen anstreben, haben zwischen Vertretern der beiden Länder begonnen. Polnische Regierungsbeamte haben sich zur Niederlegung gewisser Zollschranken bereit erklärt, um bessere Beziehungen mit Deutschland anzubahnen.

Ermäßigung des deutschen Weizenzolls

Soll ab 1. April in Kraft treten und etwa 50 Cents pro Buschel ausmachen.

Berlin, 11. März. — Eine Verminderung des hohen deutschen Weizenzolls und eine prozentuale Erhöhung des Auslandsweizens, der in Deutschland zur Vermahlung eingeführt werden kann, wird am 1. April in Kraft treten, wie aus Mitteilungen hervorgeht.

Der beabsichtigte Schritt ist ein Teil eines gleichen, wenn auch nicht so weitgehenden Vorgehens, das in Frankreich und Italien beabsichtigt ist.

In zuverlässigen hiesigen Kreisen wird vorausgesagt, daß die Verminderung des deutschen Weizenzolls von 250 Mark pro Tonne auf 180 bis 200 Mark pro Tonne sein wird. (Dies würde einer Verminderung von etwa 50 Cents pro Bushel entsprechen.)

Gegenwärtig ist der Umfang des vom Ausland in Deutschland zu Vermahlungszwecken eingeführten Weizens höchstens 30 Prozent, aber die meisten Mühlen verwenden nicht mehr als 20 Prozent Auslandsweizen. Eine teilweise Aufhebung der Beschränkungen würde indessen für den Welt-Getreidemarkt, besonders für die Getreidemärkte Nord- und Südamerikas, eine Anregung sein, wie Sachverständige annehmen.

In den Berliner Getreidehändlerkreisen wurde gesagt, die russische Regierung schien einen kräftigen Versuch zu machen, Getreide für Futterzwecke und menschliche Ernährung von der Ausfuhr zurückzuhalten.

Amerikaner für Erledigung des Reparationsproblems.

Paris, 11. März. — Silas Strawn trat hier heute als Vertreter der amerikanischen Handelskammer energisch ein für eine baldige Erledigung des Reparationsproblems. Er bezeichnete die Lösung dieses Problems als einen Schritt zur Beendigung der wirtschaftlichen Depression in der Welt.